



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK

Bundesamt für Umwelt BAFU
Abteilung Klima

Klimapolitik post 2020

Vernehmlassung

Reto Burkard

1. Dezember 2016



Inhalt der Vernehmlassung

Übersicht

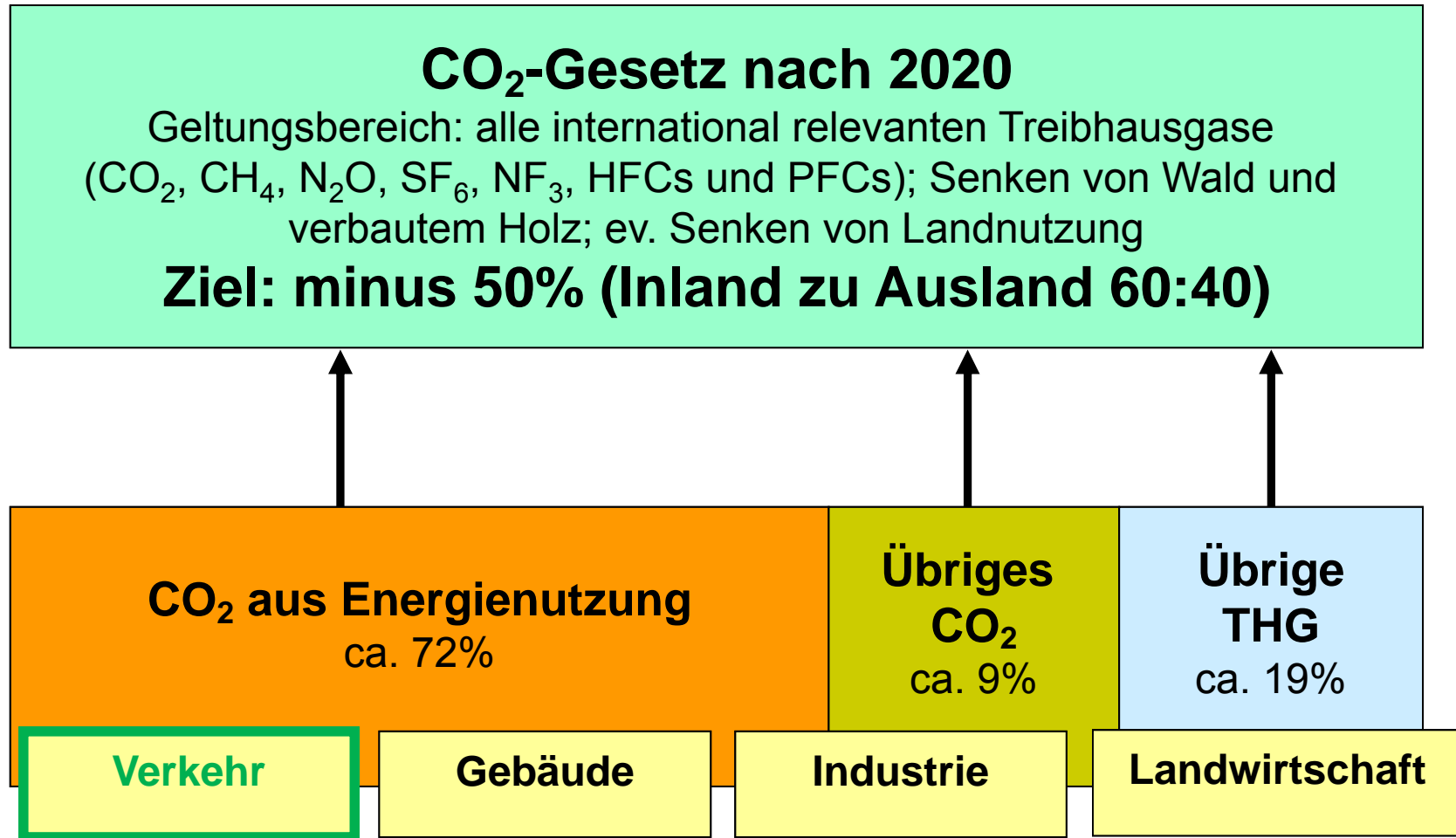
- Drei eng verzahnte Geschäfte werden zusammen in die Vernehmlassung geschickt:
 - Genehmigung des **Übereinkommens von Paris**;
 - Genehmigung des bilateralen Abkommens mit der EU über die **Verknüpfung der Emissionshandelssysteme (EHS)**;
 - **Revision des CO₂-Gesetzes** für die Zeit nach 2020.

Vernehmlassung wurde am 30.11.2016 abgeschlossen



Totalrevision CO₂-Gesetz

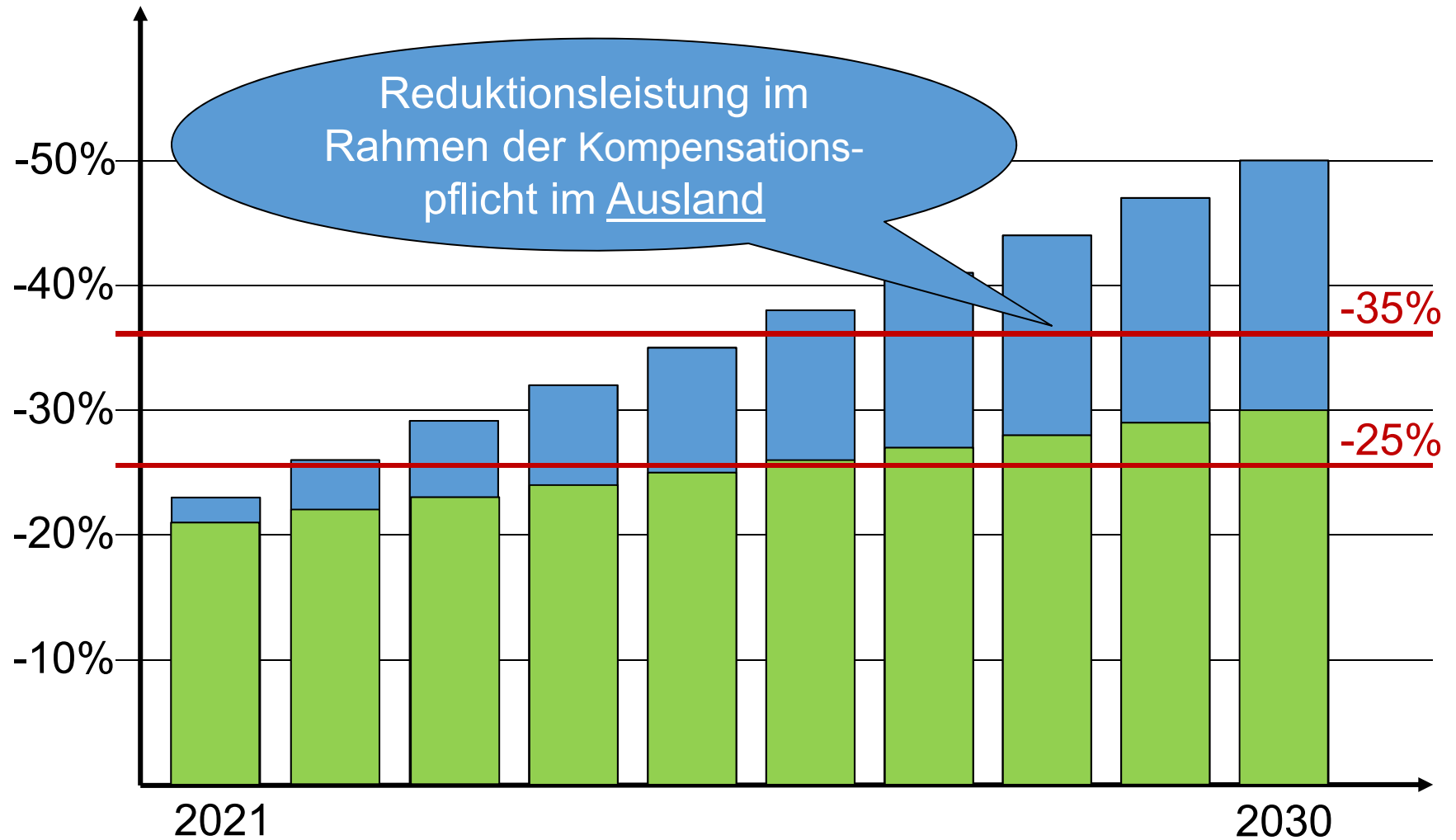
Geltungsbereich / Teilziele





Totalrevision CO₂-Gesetz

Minimale Inlandreduktion bis 2030





Totalrevision CO₂-Gesetz









Reduktionsbedarf 2030

- Inlandziel von mindestens minus 30% bedeutet: Verminderung um 16,1 Mio. t CO₂
- Referenzszenario bringt eine Verminderung um 9,7 Mio. t CO₂.
- Die restliche Verminderung muss durch **zusätzliche oder gegenüber dem heutigen Gesetz** verschärften Massnahmen erreicht werden:
 - im Inland mindestens **6,4 Mio. t CO₂**
 - im Ausland 10,7 Mio. t CO₂

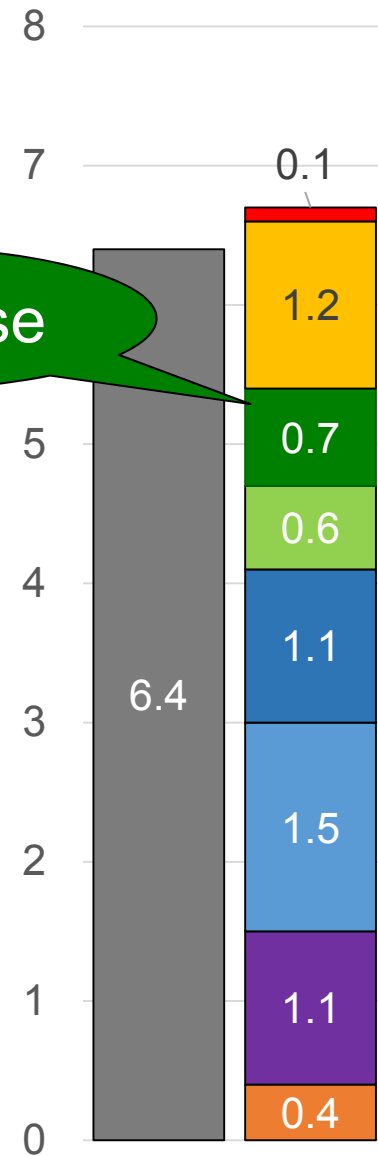


Massnahmen im Inland zusätzliche Wirkung 2030

Wirkung in Mio. Tonnen CO_{2eq}

-  Befreiung CO₂-Abgabe nonEHS
-  Emissionshandel EHS
-  Kompensationspflicht TS-Importeure
-  CO₂-Vorschriften bei Fahrzeugen
-  Vorschriften bei Gebäuden
-  Gebäudeprogramm bis 2025
-  CO₂-Abgabe Brennstoffe Gebäude
-  CO₂-Abgabe Brennstoffe Industrie

Restgrösse





Massnahmen im Inland

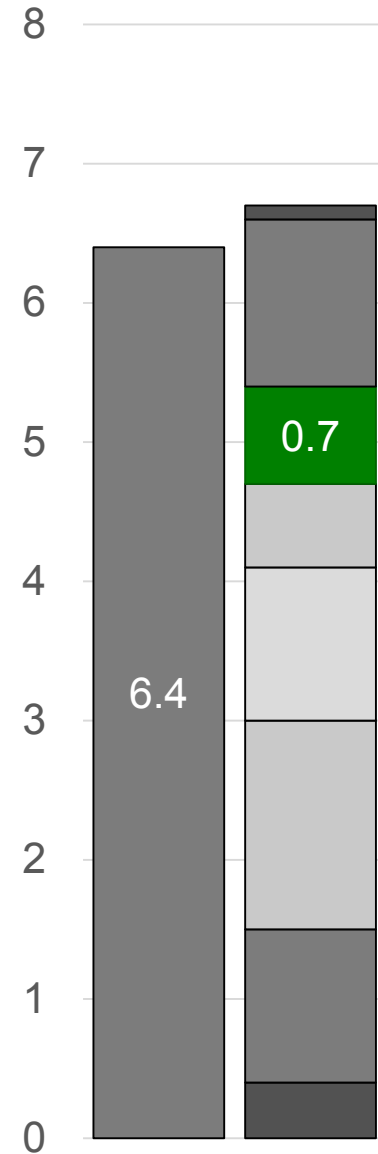
zusätzliche Wirkung 2030

Wie bisher

- Ein Teil der Emissionen im Verkehr muss kompensiert werden (u.a. Massnahmen in anderen Sektoren).
- Abdeckung der Treibstoffe.
- Kriterium der Zusätzlichkeit.
- Die Reduktionsleistungen werden bescheinigt und sind handelbar.

Neu

- Kompensation auch im Ausland [Art. 25].
- Erhöhung Transparenz, Informationspflicht [Art. 25].
- Kompensationssatz Inland: 10% - 80% [Art. 25].
- Verbesserung Koordination zwischen den Behörden [Art. 42].
- Erhöhung Ersatzleistung [Art. 27].
- Übertragbarkeit der Bescheinigungen [Art. 54].
- Steuerbefreiung für Biogene Treibstoffe wird nicht verlängert [MinöStG, Art. 12a].





Stellungnahmen zu Kompensation

Verkehr

Frage 8:

Sind Sie mit der Weiterführung der Kompensationspflicht für Importeure fossiler Treibstoffe, inkl. der vorgeschlagenen Aufteilung zwischen Inland- und Auslandkompensation, einverstanden?

Erläuternder Bericht: Ziffer 6.6.2

Entwurf CO₂-Gesetz: Art. 25 – 27

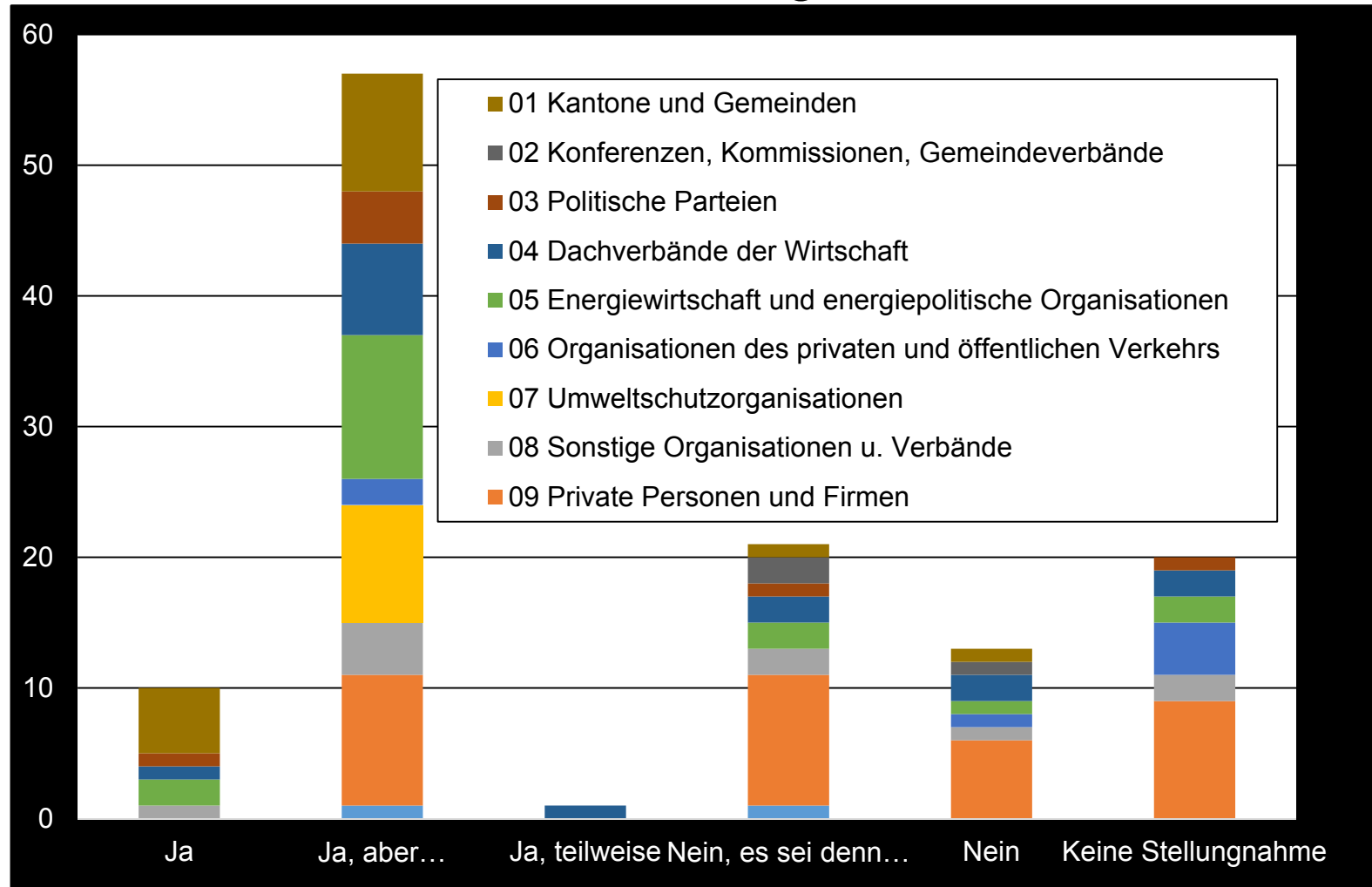
- Ja
- Ja, aber...
- Nein
- Nein, es sei denn...
- keine Stellungnahme

Begründung:



«Quantitative» Auswertung

Anzahl Antworten auf diese Frage = 122, 30.11.2016,



Erratum : Die Kategorie «Ja, teilweise» gehört zu der Kategorie «Ja, aber». Die Antworten müssen zusammengezählt werden.



«Qualitative» Auswertung

- Kompensationsinstrument ist nicht erste Wahl
- Kompensationsmechanismus hat sich bewährt → Fortführung
- Auf Aufteilung Inland- und Auslandkompensation ist zu verzichten → Streichung minimaler Inlandkompensationssatz
- Minimaler Kompensationssatz soll angehoben werden (bis > 80%)
- Inlandkompensationssatz soll angehoben werden
- Emissionsverminderungen v.a. im Verkehrsbereich
- Öffnung für Programme im Bereich Beratung, Information und geogenen Emissionen
- Berücksichtigung der erzielten Emissionsverminderungen bei der Festlegung und Überprüfung der Sektorziele
- Die Strafzahlung für nicht kompensierte Emissionen ist bei CHF 160.- / t CO₂ zu belassen, respektive auf 130.- / t CO₂ zu senken
- Streichung Informationspflicht über die für die Kompensation aufgewendeten Kosten
- Weiterführung der Steuererleichterungen für biogene Treibstoffe



Weiteres Vorgehen

- Auswertung der Vernehmlassung
- Ratifikationsbotschaft Übereinkommen von Paris, 2016
- Vernehmlassung Energiestrategie 2050: Verordnungen zu deren Umsetzung, Februar 2017:
 - Änderung der CO₂-Verordnung, teilweise Aufnahme der EFK-Empfehlungen
- Botschaft zur Verknüpfung der Emissionshandelssysteme, 2017
- Botschaft zur Totalrevision CO₂-Gesetz, 2. Hälfte 2017



Fragen?

reto.burkard@bafu.admin.ch